

Nationalpark bleibt Zankapfel

Landesentwicklungsplan: Das NRW-Kabinettt befasst sich heute mit der Neufassung. Das Parlament könnte sie bis zum Sommer beschließen. Streit gibt es um die Windkraft

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Über die umstrittene Änderung des NRW-Landesentwicklungsplans wird der Landtag noch vor der Sommerpause entscheiden. Wenn die Konferenz der Staatssekretäre den jetzt fertig gestellten Entwurf am Dienstagmorgen passieren lässt, dürfte er noch am selben Tag auch im Landeskabinettt die vorletzte Hürde nehmen, bevor es dann ins Düsseldorfer Parlament geht. In Ostwestfalen-Lippe dürfte vor allem die Streichung des Nationalparks Senne für neuen Zündstoff sorgen.

Erst im Februar 2017 war der neue Landesentwicklungsplan (LEP) noch von der alten rot-grünen Landesregierung verabschiedet worden. Sie hatte Jahre der Vorbereitung gebraucht, auch weil der damalige Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) und der damalige Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) heftig miteinander gerungen hatten. Der eine hatte vor allem die Belange der Wirtschaft, der andere die der Umwelt im Auge.

Pinkwart: „Wieder mehr Spielraum für die Kommunen“

Besonders lautstark wurde der neue Plan damals aus Ostwestfalen-Lippe kritisiert. Die Wirtschaft störte sich vor allem daran, dass der Flughafen Paderborn nur als regional bedeutsam eingestuft wurde und dass die Gewerbeentwicklung in kleineren Kommunen behindert werde. Und vor allem die FDP machte Front dagegen, dass die Einrichtung eines Nationalparks Senne im LEP als Ziel formuliert werde, wie es ja auch einem nach wie vor gültigen Beschluss des Landtags entspricht.

NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) hörte die Signale und bringt nun einen LEP-Entwurf ins Kabinettt, der diese Kritik in allen Punkten aufgenommen hat, dafür nun aber im Kreuzfeuer der Umweltschützer steht. In OWL sorgt für Aufregung, dass der Nationalpark Senne aus dem Plan gestrichen wird. „Ein umweltpolitisches Armutszeugnis“, schimpft Ute Koczy, eine von zwei Vorsitzenden der Grünen in OWL. Pinkwart dagegen sagt im Gespräch mit dieser Zeitung, dass Thema brenne nicht mehr so unter den Nägeln, seit klar sei, dass der Truppenübungsplatz Senne auch nach dem Abzug der Briten weiter von der NATO mi-



Debatte: Der Abstand zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten soll vergrößert werden. FOTO: DPA

litärisch genutzt werde. Und dass das Gebiet schützenswert und als zusammenhängender Biotopkomplex zu erhalten sei, stehe auch weiter im LEP-Text.

Grüne und Umweltschützer sehen aber auch andere Punkte kritisch. Hatte der LEP von 2017 den Grundsatz enthalten, nicht mehr als fünf Hektar Fläche täglich zu verbrauchen (zurzeit sind es zehn), so hat Pinkwart die

Grenze für einen Flächenverbrauch gänzlich gestrichen.

Pinkwart geht es mit seinem neuen LEP darum, Entwicklungsbehinderungen abzubauen. Vor allem den Kommunen, insbesondere den kleineren, soll mehr Spielraum für ihre Planung gegeben werden. Sie sollen leichter als bisher Flächen für die Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen bereitstellen können.

Nicht nur die Paderborner wird es freuen, dass nun ihr Flughafen doch als landesweit bedeutsam eingestuft wird.

Und noch eine andere FDP-Forderung aus dem Landtagswahlkampf von 2017 setzt Pinkwart unbeirrbar um. Trotz der Warnungen vieler Experten vor juristischen Schwierigkeiten soll künftig für Windkraftanlagen ein Abstandsgebot von 1.500 Metern zu Wohngebieten festgeschrieben werden. Bislang gab es keine feste Regel, allerdings galt die Faustregel, dass der Abstand der dreifachen Höhe eines Windrades entsprechen sollte. Pinkwart sieht in dem neuen Abstandsgebot einen Beitrag zu einer höheren Akzeptanz der Windkraft, Umweltschützer und Windkraft-Industrie eher eine Behinderung des Windkraft-Ausbaus.

Der Fahrplan für den neuen LEP

- ◆ Das Verfahren zur Verabschiedung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) ist klar vorgegeben.
- ◆ Zunächst gibt die Staatssekretärsrunde heute den Entwurf frei für das Kabinettt, das heute ebenfalls tagt. Stimmt das Ka-

binett zu, wird der Entwurf in den Landtag eingebracht, der wiederum vor seiner Entscheidung noch einmal Experten zur Anhörung einladen kann.

- ◆ Dann könnte der Landtag vor der Sommerpause entscheiden.